

EBRACH

Viel mehr Geld käme in die Region

Grüne wollen erneut Machbarkeitsstudie für den Nationalpark Steigerwald beantragen

Die bayerischen Landtagsgrünen halten eine Machbarkeitsstudie für einen Nationalpark Steigerwald nach wie vor für das beste Mittel zur Klärung der Frage, welche Konsequenzen eine solche Einrichtung hätte und ob sie sinnvoll ist oder nicht. Einen ersten Antrag dazu lehnte die neue Regierungskoalition aus CSU und FDP nach der Landtagswahl 2008 ab. Nun will die grüne Fraktion nach der Sommerpause einen zweiten Vorstoß im Landtag unternehmen. Eine solche Studie würde nach Ansicht der Grünen die 2007 ausgebrochene Diskussion um den Nationalpark versachlichen.

Inzwischen hat die Fraktion auch ohne Studie über vier Anfragen an die Staatsregierung bereits viel Zahlenmaterial zum Steigerwald zusammengetragen.

MdB Christian Magerl (Freising) und sein persönlicher Mitarbeiter Markus Ganserer berichteten auf einer Pressekonferenz in Ebrach (Lkr. Bamberg), an die Landkreise des Nationalparks Bayerischer Wald sei seit 1970 die Summe von 129 Millionen Euro für die Tourismusförderung geflossen, an die acht Landkreise im Naturpark Steigerwald im selben Zeitraum dagegen nur 37,4 Millionen Euro. Dazu gebe es im Einzugsbereich eines Nationalparks viel mehr Förderung für den Öffentlichen Personennahverkehr.

Ein Nationalpark könne auch beängstigende Entwicklungen durch Abwanderung, zurückgehenden Geburtenzahlen und Mangel an Fachkräften, wie sie für den Steigerwald vorausgesagt werden, zumindest abmildern.

Die Auswirkung auf die regionale Holzversorgung würde bei Wegfall von etwa zehn Prozent Waldfläche durch den Nationalpark in den Landkreisen Bamberg, Haßberge und Schweinfurt geringer ausfallen als befürchtet. Wenn der Forstbetrieb Ebrach seine Verkaufspolitik ändern und nicht große Holz Mengen nach außerhalb der Region verkaufen würde, könnte man den Wegfall von Holzeinschlag in den Vollschutzzonen nahezu kompensieren. Ein Mittel dazu sind in den Augen von Magerl auch Neuaufforstungen.

Bei den Arbeitsplätzen, die mit Wald und Holz zu tun haben, würden nur ein bis zwei Prozent wegfallen, die durch neue Arbeitsstellen im Nationalpark ausgeglichen würden. Auch hier werfen die Grünen der bayerischen Staatsregierung vor, durch Rabatt-Begünstigung großer Sägewerke die kleinen zu gefährden – selbst wenn kein Nationalpark käme.